

Behindertenrat Nürnberg

Protokoll des Plenums am 21.10.2013

Teilnehmer: s. Liste

1. Begrüßung

Günter Frank eröffnet die Sitzung. Er begrüßt Teilnehmer/innen und Gäste. Vom Ratsmitglied Klaus Förtsch richtet er Grüße aus. Klaus Förtsch musste sich nach einem Reha-Aufenthalt ins Klinikum Süd begeben. Er freut sich über Besuche seitens der Ratskolleginnen und -kollegen.

Zur vorgesehenen Tagesordnung gibt es Änderungen und Ergänzungen.

2. Genehmigung des Protokolls des Plenums am 23.9.2013

Das Protokoll wurde bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

3. Bericht aus dem Ausschuss Barrierefreiheit

Peter Vogt berichtet aus dem Ausschuss Barrierefreiheit.

a) Z-Bau

Der Umbau des Z-Baus schreitet voran. Bisher ist nur eine Behindertentoilette vorgesehen. Das erscheint für einen Veranstaltungsort zu wenig. Am 14.11. wird ein weiteres Planungsgespräch stattfinden, an dem Vertreter des Ausschusses teilnehmen. Dass die Pläne sich noch nachbessern lassen, wird von Peter Vogt sehr zurückhaltend beurteilt.

b) Tiergarten

Im Tiergarten wird eine Bionik-Ausstellung im Naturkundehaus vorbereitet. Ein barrierefreier Zugang soll über einen Zuweg von 95 Metern mit 5% Steigung hergestellt werden. Am Weg sind 2 Behindertentoiletten geplant. Die Grünen haben aktuell statt dieses Wegs einen Aufzug ins Gespräch gebracht. Da morgen, am 22.10.2013, schon eine Besprechung über die Konkretisierung des Vorhabens stattfindet, muss der Ausschuss Barrierefreiheit im Anschluss ans Plenum über seine Stellung zum Vorstoß der Grünen entscheiden.

Die Bionik (auch Biomimikry , Biomimetik oder Biomimese) beschäftigt sich mit dem Über-

tragen von Phänomenen der Natur auf die Technik. (wikipedia)

c) Opernhaus

Die Gespräche zur barrierefreien Gestaltung des Opernhauses laufen seit über 12 Monaten. Neue Informationen sind in ein bis zwei Wochen zu erwarten. Es gab Verzögerungen da ein Protokoll „verschütt“ gegangen und in seinen Ergebnissen nicht weiter bearbeitet worden war.

d) Insel Schütt

In der Planung des Uferzugangs an der Insel Schütt gibt es einen Konflikt um die barrierefreie Gestaltung der Zugänge. Ein barrierefreier Zugang zum Ufer scheint nur von einer Seite aus realisierbar. Der zweite Zugang stößt wegen des technischen und finanziellen Aufwands auf Widerstand. Den zweiten Zugang über einen Aufzug herzustellen ist teuer und ein Aufzug steht immer unter erheblicher Vandalismusgefahr. Der zweite Zuweg wäre bei 6% Gefälle über 40 m und damit sehr lang. Peter Vogt bringt die Überlegung ein, diesen Zuweg bei 12% Gefälle auf 20m zu verkürzen. Er bittet den Rat um Diskussion. Der Vorschlag wird überwiegend skeptisch beurteilt. Die 12% Gefälle widersprechen der DIN-Norm. Dem Behindertenrat steht es nicht zu, diese Norm durch eigenen Vorschläge zu unterlaufen. Die bisherigen Stellungnahmen des Rats sind eindeutig. Gelebte Inklusion wäre, den barrierefreien Zugang von beiden Seiten sicher zustellen. Sollte sich dieses nicht verwirklichen lassen, bleibt die Alternative, dass Alle nur von einer Seite Zugang haben.

Günter Frank dankt Peter Vogt und dem Ausschuss für das große Engagement.

4. Verfahren bei Anträgen an den Stadtrat

Um sicher zu stellen, dass Anträge des Rats an die Verwaltung und den Stadtrat ihre Adressaten erreichen wird ein zweigleisiges Verfahren vorgeschlagen.

1. Die Anträge werden ausgedruckt und - von Vorsitzenden und Ausschussvorsitzenden unterschrieben - mit der Post an die zuständigen Stellen versandt.

2. Eine elektronische Kopie der Anträge geht per Email an die Fraktionen.

Die zeitliche Verzögerung eines Umlaufverfahrens wegen der Unterschriften muss bedacht werden. Der Rat einigt sich auf folgendes Verfahren.

1. Sobald die Anträge zwischen Ausschuss und Vorstand abgestimmt sind, gehen sie per Mail an die Empfänger.

2. Nachdem die Anträge nach einem Umlaufverfahren unterschrieben sind, gehen sie in Papierform per Post an OBM und in Kopie an die Fraktionen. Technisch sollten die Möglichkeit eingescannter Unterschriften genutzt werden.

5. Wahlrecht für Behinderte

Menschen mit Behinderungen, die einer gesetzlichen Betreuung in allen Lebenslagen un-

terliegen, sind nur auf Antrag ihrer Betreuer wahlberechtigt. Zur Kommunalwahl 2014 wird der Rat eine Aufklärungskampagne zu dieser Frage organisieren. Susanne Dittrich-Leonhardt, Sonja Abend und Thomas Wedel gründen eine AG „Kommunalwahl 2014“.

6. Rahmenbedingungen für das Arbeiten in der Geschäftsstelle

Das Jugendamt als hausverwaltende Dienststelle des Ämtergebäudes in der Dietzstraße sieht wegen der ADON* keine Möglichkeit, dem Rat zeitlich unbeschränkt Zugang zur Geschäftsstelle zu genehmigen. Der Zugang beschränkt sich auf die Öffnungszeiten der Verwaltung. Ab 19 Uhr 30 und an Wochenenden ist kein Arbeiten in der Geschäftsstelle möglich. Dieser Zustand ist enttäuschend, wurde doch der angebotene Raum im Wohnungsamt gerade wegen dieser Beschränkung durch den Rat abgelehnt.

In der Diskussion einigt sich das Plenum darauf, dass der Vorstand Initiativen ergreift, diesen Zustand zu ändern. Bei Integrations- und Seniorenrat wird nachgefragt, ob die dortigen Geschäftsstellen ähnlicher Limitierung unterliegen.

**allgemeine Dienstordnung der Stadt Nürnberg*

7. Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention

Auf das Dezemberplenum vertagt, da Wolfgang Kurzer, der den Tagesordnungspunkt eingebracht hat, kurzfristig verhindert ist.

8. Bericht aus dem Bezirkstag

Susanne Dittrich-Leonhardt berichtet von der konstituierenden Sitzung des Bezirkstags. Diese nahm einen denkwürdigen Verlauf. Herr Bartsch wurde erst nach einigen Zugehörigkeiten zum Bezirkstagspräsidenten gewählt. Der plötzliche Wechsel der Bezirksrätin Frau Knorr nach ihrer Wahl zur stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin von den Freien Wählern zur CSU ergab in den Ausschüssen durchgängig eine Mehrheit zugunsten der CSU. Das Verhalten Frau Knorrs wurde in der Presse und in Leserbriefen durchweg fundamentaler Kritik unterzogen.

Trotz all der Turbulenzen hat der Bezirkstag seine Arbeit aufgenommen und bleibt als Träger der Eingliederungshilfen ein wichtiger Adressat für den BRN.

9. Besuch vom Behindertenrat Augsburg

Der Behindertenrat Augsburg wird sich bei einem Besuch im Dezember über die Entwicklung des BRN informieren lassen. Hans Storch wirft einen Blick zurück auf die Satzungsentwicklung in Nürnberg. Das Augsburger Modell als reine Betroffenenvertretung und das Schweinfurter Modell als reine Verbandsvertretung standen Pate für die Überlegung, in Nürnberg einen Rat zu gründen, in dem Betroffenen- und Verbandsvertreter zusammenwirken. Ein Modell, das nun wiederum Interesse beim BR Augsburg erweckt.

10. Frau Jauch wird Stadträtin

Frau Jauch, die als Nachrückerin Stadträtin geworden ist, lässt ihre Tätigkeit im BRN bis zum Ende der Legislatur im März ruhen.

Plenum und Vorstand gratulieren Frau Jauch zur Ernennung als Stadträtin.

Nächstes Plenum 9. Dezember 2013 18:30 bis 21 Uhr

Protokoll:

Döbrich